

Ungleichheit bleibt

Tag der Frau. Vier Tage Lohn für fünf Tage Arbeit

Bern. – (sda) Wenn Frauen und Männer je fünf Tage die Woche arbeiten, werden Frauen heute von ihren Arbeitgebern für vier Tage bezahlt – im Durchschnitt.

Und so wiederholen die Frauen ihre Forderung zum Internationalen Tag der Frau heute Montag einmal mehr: Lohngleichheit. Sie wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Verfassung garantiert den Frauen dies seit 29 Jahren. Und seit 14 Jahren verbietet das Gleichstellungsgesetz jegliche Diskriminierung. «Es gibt aber kaum ein Gesetz, das derart krass missachtet wird wie das Gleichstellungsgesetz», sagte Franziska Teuscher, Nationalrätin der Grünen, am Donnerstag vor den Medien in Bern. Ausserdem überlasse dieses den betroffenen Frauen, ihr Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzufordern. Der Weg via Gerichte und Schlichtungsstellen verlange einen langen Atem. «Wenn es schneller gehen soll, müssen auch die Unternehmen aktiv werden», forderte Teuscher.

Sie sollen die Löhne überprüfen, anpassen und transparent machen. Um dies zu erleichtern, haben Gewerkschaften, Arbeitgeber und Gewerbeverband vor genau einem Jahr den Lohngleichheitsdialog lanciert mit dem Ziel, geschlechtsspezifische Lohnunterschiede zu beseitigen.

Bescheidenes Echo

Das Interesse scheint bescheiden zu sein: Der Webseite des Dialogs ist zu entnehmen, dass bisher zwei Unternehmen teilnehmen. Martin Urech vom Lohngleichheitsdialog geht aber davon aus, dass es weitere Interessenten gibt, denn er habe einige Anfragen erhalten.

Eine Kehrtwende ist dringend notwendig, denn die Lohnschere öffnet sich seit 2006 wieder. Zwischen 2006 und 2008 erhöhte sich die Lohn Differenz von 18,9 auf 19,3 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) errechnet hat. In den zehn Jahren zuvor hatte sich der Lohnunterschied stetig verkleinert, auch wenn «die Differenz immer

beschämend hoch blieb», erklärte Christina Werder, Zuständige für Gleichstellungspolitik beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Die Analyse der jüngsten Zahlen hat nun ergeben, dass vor allem die Lohnunterschiede bei Ka-

dern und Bonizahlungen die Schere öffnen. Bei Versicherungen und im Handel betrügen die Lohnunterschiede im mittleren und oberen Kader bis zu 29 Prozent, führte Corinne Schärer von der Gewerkschaft Unia aus. Im Ban-

kensektor sei von 2006 bis 2008 die Lohndifferenz in den obersten Etagen von 15,9 auf 23,7 Prozent angestiegen. Ausserdem förderten Sonderzahlungen wie Boni, also flexible Lohnbestandteile, die ungleiche Verteilung der Löhne. «Sonderzahlungen werden nicht geschlechtsneutral verteilt», analysierte Schärer. Auch hier fallen die Banken auf: Der Anteil der Boni am Gesamtlohn eines Bankers betrage 34 Prozent. Bei Bankerinnen 15 Prozent. Trendwende oder nicht?

Das BFS geht trotz der Zahlen nicht von einer Trendwende aus. Schon 2009 hatte es darauf hingewiesen, dass lediglich 40 Prozent der Lohndifferenz nicht erklärbar und deshalb diskriminierend seien. 60 Prozent dagegen seien begründbar, etwa mit kürzeren Ausbildungszeiten sowie arbeitsplatz- und unternehmensspezifischen Gegebenheiten. Dennoch: Die Forderungen der Gewerkschaften und Frauen sind deutlich. Löhne müssen transparent sein und überprüfbar. Ausserdem müssen sie diskriminierungsfrei ausgestaltet sein.



Nationalrätin Franziska Teuscher: «Es gibt kaum ein Gesetz, das derart krass missachtet wird wie das Gleichstellungsgesetz.»

Foto Keystone

Offene Tür bei freuw

V i s p. – (wb) Heute Montag, zum Internationalen Tag der Frau, sind die Türen ab 14.00 Uhr auf der Informations- und Beratungsstelle freuw für alle geöffnet. Zum 100. Mal jährt sich dieses Jahr der internationale Tag der Frau. Überall auf der Welt fordern Frauen ein Ende der Armut und der Gewalt an Frauen. Auch hierzulande sind zunehmend Frauen von Armut betroffen. Es fehlt einerseits oft an finanziellen Mitteln, andererseits ist es für Frauen immer noch schwierig, Familien- und Berufsarbeit zu verbinden. Mit gezielten Massnahmen wie die Einrichtung eines Tauschnetzes von Dienstleistungen und der Abgabe von Weiterbildungsgutscheinen will freuw versuchen, die Selbsthilfe dahingehend zu fördern, dass Armut gelindert und Weiterentwicklung ermöglicht werden kann.